

SPD

„25 Prozent plus x“



OLIVER LANG / DDP

Franz Maget, 54, SPD-Spitzenkandidat für die bayerische Landtagswahl, über die Wahlchancen seiner Partei und die Pendlerpauschale

SPIEGEL: Herr Maget, die SPD steckt in einem historischen Umfragetief. Zugleich müssen Sie am 28. September in Bayern eine Landtagswahl bestehen. Welche Chancen rechnen Sie sich aus?

Maget: Wir wollen die absolute Mehrheit der CSU nach fast 50 Jahren brechen. Das ist erstmals seit vielen Jahren möglich, weil das CSU-Führungsduo Beckstein/Huber so keine Perspektive

hat. Für meine Partei setze ich auf ein Ergebnis von 25 Prozent plus x.

SPIEGEL: Das ist bescheiden.

Maget: Aber deutlich mehr als vor fünf Jahren.

SPIEGEL: Die Bundes-SPD in ihrer derzeitigen Verfassung scheint Ihnen keine große Hilfe. Was erwarten Sie von der Zentrale bis September?

Maget: Ich erwarte größere Geschlossenheit und klare inhaltliche Botschaften. Die SPD hat ein großes Wählerpotential, auch in Bayern. Wir schöpfen es derzeit nur nicht richtig aus, weil wir zu viel übereinander reden und uns mit Personalfragen wie der Kanzlerkandidatur aufhalten. Das muss aufhören.

SPIEGEL: Würde es Ihnen helfen, wenn die K-Frage vor der Landtagswahl entschieden wird?

Maget: Darum geht es jetzt nicht. Wichtiger ist, dass jeder in Berlin begreift, welche große strategische Bedeutung die Wahl in Bayern hat, auch mit Blick auf die Bundestagswahl 2009. Wenn die SPD in Bayern nach vorn kommt und die Union abfällt, kann uns das insgesamt Schwung geben für die anstehenden Wahlauseinandersetzungen, auch im Bund.

SPIEGEL: Worüber haben Sie sich in den letzten Wochen am meisten geärgert?

Maget: Das Gesamtbild der Partei ist ein Ärgernis gewesen, vor allem die Diskussion über die Linkspartei rund um die Hessen-Wahl. Vor der Wahl wurde eine Zusammenarbeit von den Parteifreunden dort ausgeschlossen, danach nicht mehr. Das hat der Glaubwürdigkeit insgesamt geschadet.

SPIEGEL: Die CSU hat die Pendlerpauschale als Wahlkampfhit entdeckt. Was setzen Sie dem entgegen?

Maget: Auch ich finde, es war ein Fehler, die alte Pendlerpauschale abzuschaffen. Man sollte aber nicht vergessen, dass das auf dem Mist der Union gewachsen ist. Das stand 2005 bei denen im Wahlprogramm, Seite 17. Es ist verlogen, wenn sich die CSU jetzt als Retter der Pendlerpauschale aufspielt.

SPIEGEL: Ihre Parteispitze lehnt eine Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale bislang ab. Wie wollen Sie die umstimmen?

Maget: Ich nerve sie damit, sooft ich kann. Wir sollten schnell zu ihr zurückkommen, spätestens nach dem Urteil des Verfassungsgerichts im Herbst.

SPIEGEL: Das belastet die Steuereinnahmen mit 2,5 Milliarden Euro im Jahr.

Maget: In einem Flächenland wie Bayern und angesichts steigender Benzinpreise müssen Arbeitnehmer entlastet werden. Ich erwarte von meiner Partei noch vor der Bayern-Wahl ein klares Signal in Richtung Arbeitnehmer, dass es Entlastungen geben wird.

AUSSENPOLITIK

Irak lässt Deutsche frei

Irakische Sicherheitsbehörden haben vorvergangene Woche zwei Deutsche iranischer Abstammung freigelassen, die mehr als fünf Wochen lang unter dem Verdacht der Spionage in einem Gefängnis in Bagdad festgehalten worden waren. Der in Köln lebende Ali R., sein in Bagdad lebender Bekannter Mehdi K. und ein Iraner waren Ende Mai nach Bagdad gereist und dort von Sicherheitskräften festgenommen worden. Sie sollen eine „Anlage von nationalem Interesse“ ausspioniert haben. Die Hintergründe für die Reise der Deutschen und ihres iranischen Begleiters nach Bagdad sind ungeklärt. Der Diplomingenieur Ali R. ist aktives Mitglied des in Köln ansässigen Vereins AAWA, der die linksislamistischen Volksmudschahidin bekämpft. Die drei Männer wurden ohne Auflagen aus der Haft entlassen, die beiden Deutschen sind vorige Woche in die Bundesrepublik zurückgekehrt.



DAVIDS / DARWER

SCHWARZARBEIT

Tägliche Kontrollen

Die Arbeitgeber wehren sich gegen Pläne, mit denen Arbeitsminister Olaf Scholz die Schwarzarbeit bekämpfen will. Nach einem Gesetzentwurf seines Ministeriums sollen Arbeitgeber künftig in 16 Wirtschaftszweigen, darunter Niedriglohnbranchen wie das Gebäudereinigungs- und Gaststättengewerbe, täglich überprüfen, ob die Mitarbeiter ihre Sozialversicherungsaus-

weise mit sich führen. Die Auflagen verursachen nach Auffassung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zusätzliche Bürokratiekosten von über 80 Millionen Euro und seien nicht praktikabel. Es sei kaum durchführbar, täglich die Ausweispapiere von rund acht Millionen Beschäftigten zu kontrollieren, heißt es in einem Vermerk des Verbands. „Mit diesem Gesetz werden die kleinen Fortschritte beim Bürokratieabbau wieder zunichtegemacht“, kritisiert Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt.